

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

WIE LANGE NOCH?

„MAN MUSS in den sauren Apfel beißen und die Senkung der Kaufkraft akzeptieren“ (Morgan Stanley, US-Investmentbank). Die Völker sollen mit der Zerstörung ihrer Kaufkraft, mit Massenverarmung und Hunger, den von der Finanzspekulation provozierten Preisauftrieb für Erdöl und Nahrungsmittel bezahlen.

Am 3. Juli entschied die Europäische Zentralbank (EZB), die Zinsen auf 4,25% zu erhöhen. Die Vertreter der EZB selbst sagen: Es geht darum, Druck auf alle Regierungen und alle Unternehmer auszuüben, die Löhne und Produktionskosten weiter zu senken, um dem auch sie treffenden Preisauftrieb entgegen zu arbeiten

Die EZB diktiert Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkung

Der EZB geht es nicht darum, die von der Spekulation gepuschte Inflation zu bekämpfen. Für sie zählt allein der Profit der Multis und der Spekulationsfonds, der unter der allgemeinen Krise des Systems nicht leiden darf.

Mit der Kreditverteuerung und dem erneuten Anstieg des Euro gegenüber dem Dollar, der Medizin, die die EZB verordnet, schafft sie einen zusätzlichen Druck für die Liquidierung von industriellen Arbeitsplätzen, für die Verlagerungen und Senkung der Produktionskosten über die Löhne und Personalabbau.

In bezug auf Deutschland warnt Morgan Stanley in »Le Figaro«, vom 3. Juli, dass die sinkenden Arbeitslosenzahlen „die Macht der Gewerkschaften wachsen lässt, die die Absicht haben, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter sowohl in der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst durchzusetzen. (...) Wenn nichts getan wird, riskiert man, die Profite der Unternehmen aufzubrechen, die

schon von der Erhöhung der Produktionskosten betroffen sind.“

Siemens hat umgehend reagiert. Konzernchef Löscher hat den Abbau von weltweit fast 17.000 Stellen angekündigt, davon ca. 6.450 in Deutschland. Allein im Betriebs- und Verwaltungsbereich sollen die Kosten bis 2010 durch den Abbau von 12.600 Stellen (davon 3.500 in Deutschland) um 1,2 Milliarden Euro gesenkt werden. Die Finanzkrise würde wegen der steigenden Ölpreise und der Wechselkursveränderungen auf die reale Wirtschaft durchschlagen, so Löscher: „Dagegen müssen wir uns rüsten.“

Unter Berufung auf die „gute Entwicklung am Arbeitsmarkt“ drängen die Unternehmer, unterstützt von der Großen Koalition, zur weiteren „Senkung der Lohnnebenkosten“, d.h. des Lohnanteils, den die Arbeitgeber in die Sozialversicherungen zahlen.

Die 6,6 Mrd. Euro Überschüsse, die die Bundesagentur für Arbeit dank der Hartz-IV-Verelendungsalmosen für die Arbeitslosen im Jahr 2007 aufgehäuft hat und die nach Schätzungen für 2008 noch höher liegen sollen, verführen nicht nur Merkel dazu, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 3,3% auf 3% zum 1. Januar 2009 zu senken. Vor zwei Jahren lag der Beitragssatz noch bei 6,5%. Schon die Senkung der Beiträge auf 3,3% hat die Unternehmer um ca. 11,5 Mrd. Euro bereichert, auf Kosten der Sozialkassen, die mehr und mehr in den Ruin getrieben wurden.

Gleichzeitig verstärkt der EU-Stabilitätspakt den Druck auf die Regierung, den Haushalt auf eine 0-Neuverschuldung zu trimmen. Die Große Koalition hat ihre Existenzberechtigung in der Fortsetzung der Agenda-Politik, mit der Schröder für die Übersetzung der EU-Politik für Deutschland sorgte.

Die Regierung und ihr Finanzminister

Steinbrück sorgen nun für die eilfertige Umsetzung des EU-Stabilitätspakt-Diktats:

Weitere Absenkung des staatlichen Aufgabenvolumens, der Kosten im Gesundheitswesen und der sozialen und öffentlichen Dienste; Durchpeitschen des Börsengangs der ersten Teile des letzten großen staatlichen Unternehmens, der Bahn; heißt allgemeine Beschleunigung der Privatisierungen in der Öffentlichen Daseinsvorsorge und im Öffentlichen Dienst, von Krankenhäusern und Universitäten, bis zu kommunalen Wohnungen und Energie...

Da bleibt nichts übrig von der vom SPD-Parteitag unter Verantwortung von Kurt Beck beschlossenen Neuorientierung gegenüber den „sozialen Ungerechtigkeiten“ der Agenda-Politik.

Wird das nicht in der beschleunigten Fortsetzung des selbstmörderischen Niedergangs der SPD und ihres Vorsitzenden enden? Mit dieser Politik nährt die SPD in der Großen Koalition täglich die Ablehnung der SPD-Mitglieder Mehrheit, der Arbeitnehmerschaft.

Wer will diese Entwicklung akzeptieren?

In ihrem Offenen Brief an Beck drängen SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen auf die sofortige Einberufung eines SPD-Parteitags zur Entscheidung:

„Sofort Schluss mit der Verantwortung für und der Beteiligung an der Fortsetzung der Schröder-Agenda-Politik! (...) Aufstellung der SPD für wirkliche sozialdemokratische Politik für soziale Gerechtigkeit!“

Ist es nicht notwendig, diesen Kampf von SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen für einen SPD-Parteitag, für den sofortigen politischen Kurswechsel zu verstärken?

CARLA BOULBOULLÉ